

Die Flucht- und Migrationsthematik als globale Herausforderung

Das Thema Migration bringt eine Reihe von Herausforderungen mit sich, die eine Reaktion von Gesellschaft und Politik erfordern. Wie in der Hauptvorlage deutlich wurde, nimmt die evangelische Kirche in diesem Kontext eine wichtige Rolle ein, die sie auch zukünftig bewusst ausfüllen wird.

Die Auseinandersetzung mit der Vielseitigkeit von Migrationsphänomenen, sowohl auf der gesellschaftlichen, als auch auf der politischen Ebene, ist von besonderer Bedeutung. Wovon genau sprechen wir, wenn es um ‚Migration‘ geht und welchen Formen der Migration sollte entgegen gewirkt werden? Dass Migration als Normalität gesellschaftlicher und globaler Transformationsstrukturen verstanden werden muss, wurde bereits geschildert. Daraus ergibt sich die Aufgabe, die Perspektive ‚Migration als Normalfall‘ auch in breiten globalgesellschaftlichen Zusammenhängen zu thematisieren, zu betonen und für Vielseitigkeit und Offenheit einzustehen. Gleichzeitig darf dies nicht bedeuten, vor der globalen Realität unfreiwilliger Wanderungen die Augen zu verschließen und Verantwortung abzugeben. Fluchtbewegungen zu verringern wird heute wie auch zukünftig eine zentrale Aufgabe politischer und gesellschaftlicher Akteure sein und bleiben.

Die Globalisierung hat dazu beigetragen, die politische und wirtschaftliche Dominanz der Länder des Nordens und einiger Schwellenländer nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auszubauen. Dank Flugzeug und Internet haben wir heute an vielen Stellen das Gefühl, dass die Welt kleiner und erreichbarer wird. Gleichzeitig ist die Welt in vielen Bereichen gespaltener denn je. Unfreiwillige Migrationsbewegungen sind Kennzeichen dieser näher zusammen gerückten, aber gleichzeitig immer weiter gespaltenen Welt.

In diesem Zusammenhang ist die Bekämpfung von Fluchtursachen in aller Munde. Auch die deutsche Bundesregierung benennt dies als ein zentrales Anliegen und betont dabei die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit.

„Der Kampf gegen Fluchtursachen kann nur durch gemeinsame, internationale Kraftanstrengung gelingen. Die internationale Gemeinschaft stellt daher zum Beispiel rund elf Milliarden US-Dollar bereit, um den Menschen in den Krisengebieten in und um Syrien eine Bleibperspektive zu geben.“¹

Viel zu oft gerät in der Diskussion jedoch aus dem Blick, was hinter Krisen, Kriegen und Perspektivlosigkeit steht. Oft sind kriegerische Konflikte bereits das Ergebnis zerfallender Staatstrukturen, eines Kampfes um knappe Ressourcen oder den Zugang zu profitablen Rohstoffen. Fliehen Menschen vor einer Dürre, kann dies Folge des Klimawandels sein und nur deshalb so dramatische Auswirkungen haben, weil die Ernährung aufgrund von Armut schon vorher kaum gesichert war.² Die Reaktion politischer Kräfte konzentriert sich allerdings allzu häufig nicht auf die Behebung von Fluchtursachen, sondern lediglich auf die Ausbremsung daraus entstehender Fluchtbewegungen.

Es ist bedenklich, dass nicht die ungerechten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die weltweit dominierende Produktionsweise mit ihrem hohen Ausstoß von Treibhausgasen, die Ausplünderung von Rohstoffvorkommen oder die Zerstörung lokaler Märkte als Ursachen der Fluchtbewegungen wahrgenommen und kritisiert werden. Im Mittelpunkt der angestrebten Fluchtursachenbekämpfung steht eher das Resultat der Ursachen: der Zerfall von Staaten, die Verstädterung, gewaltsame Konflikte und menschengemachte Naturkatastrophen. Ausgeblendet wird dabei die Rolle, die der reiche Norden bei diesen Entwicklungen spielt.³ In der politischen Diskussion setzt man auf den Ausbau der Entwicklungshilfe, die Bekämpfung von Schleuserbanden und die Errichtung von Auffanglagern weit vor den europäischen Außengrenzen. Und auf Abkommen mit Staaten, die die Menschenrechte missachten, wie Eritrea, dem Sudan oder der Türkei, um Flüchtlinge durch Zwang in ihren Herkunftsregionen zu halten. Aus dieser Verkennung bzw. Verkürzung von Ursachen entstehen Überlegungen und

1 Die Bundesregierung (o.J.)

2 GEW/ medico international 2016: 4

3 GEW/ medico international 2016: 4ff.

Maßnahmen, die die komplexen Hintergründe von Fluchtgeschichten nicht erfassen und somit nicht nachhaltig wirksam sein können.

Die Verringerung von Fluchtursachen erfordert eine grundlegende Veränderung von Strukturen – nicht nur im Süden, sondern auch im globalen Norden. Deutschland und die EU müssen deutlicher als bisher ihren Anteil an der Verursachung von Fluchtbewegungen wahrnehmen und kritisch reflektieren. Die ökonomische Globalisierung mit den Folgen einer wirtschaftlichen Ausbeutung der Länder des Südens, Armut und Perspektivlosigkeit, Friedens- und Sicherheitspolitik, der Klimawandel (siehe Kap. 1.3 Fluchtursachen) – diese komplexen Themen führen in ihrer Kombination zu Fluchtbewegungen und verlangen damit auch Maßnahmen, die alle Bereiche einbeziehen.

Dafür ist ein grundlegender Politikwechsel notwendig, der sich an den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (Agenda 2030, SDGs) orientiert. Ziel muss eine Politik sein, die allen Menschen, heutigen und zukünftigen Generationen ein Leben in Würde ermöglicht und ihre natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft schützt. Die in den SDGs betonte, gemeinsame Verantwortung für unseren Planeten und Menschen muss zu einer Priorität politischen Handelns werden. Es braucht Maßnahmen, die Perspektiven auf globaler Ebene für alle Menschen verbessern.

Dazu gehört auch, aktuelle Entwicklungen ernst zu nehmen und vorhandene Gesetzgebungen und Richtlinien im Kontext von Asyl auszuweiten. Aufgrund sich verändernder Fluchtursachen, wie der zunehmend wichtigen Rolle von Wirtschafts- und Klimaflüchtlingen, ist eine Klärung und ggf. Veränderung der bisherigen Richtlinien zum Schutz dieser Gruppen notwendig. Das Erzwingen von Handels- und Rohstoffabkommen, die Menschen im globalen Süden strukturell benachteiligen und ihre Existenzgrundlagen zerstören, muss ein Ende finden. Entwicklungszusammenarbeitsgelder dürfen nicht weiter zur Unterstützung von Fluchtabwehrmaßnahmen missbraucht werden. Diejenigen, die von den negativen Auswirkungen der Globalisierungsprozesse am meisten betroffen sind, müssen bei einer Konzepterarbeitung beteiligt werden. Nur so können wir ernsthaft Schritte in Richtung einer nachhaltigen globalen Entwicklung gemacht und tieferliegende Fluchtursachen bekämpft werden.

Dabei sollte nicht die Globalisierung in ihrer Gesamtheit abgelehnt werden, sondern die Art und Weise ihrer Umsetzung – Globalisierung muss NEU gestaltet werden. Globalisierungsprozesse dürfen nicht weiter vorrangig auf ökonomische Dimensionen und Zwecke verkürzt werden. Ziel sollte das Eindämmen ausbeuterischer Globalisierungstendenzen sein, die auf Profitinteressen einzelner zurückgehen, während emanzipatorische Globalisierungstendenzen, die gleiche Chancen und Rechte für alle stärken, gefördert werden.

Dafür tragen wir gemeinsam die Verantwortung – Politik, kirchliche und zivilgesellschaftliche Akteure, aber auch jede*r Einzelne von uns. Die Verortung und Bekämpfung der Fluchtursachen nicht nur in den Herkunftsländern, sondern in den vom globalen Norden geprägten Wirtschaftsstrukturen und Lebensformen, ist dabei ein zentraler Bestandteil.⁴

4 Brot für die Welt/ eed 2017: 3ff.